

Garniert mit blumigen Worthülsen, rabiät beim Ansetzen des Rotstiftes:

Landesregierung lässt keinen Zweifel an ihrem Würgeprogramm

Als Annegret Kramp-Karrenbauer im vergangenen Jahr die Jamaika-Regierung in die Wüste schickte und im März 2012 Neuwahlen durchführen ließ, war es fast sicher, dass dieser Coup allein der CDU die Hasen in die Küche treiben würde.

Mit einem SPD-Landesvorsitzenden, der eine linksorientierte Lösung vehement ablehnte und von vornherein die „große Koalition“ betrieb, konnte die SPD keinen Blumentopf gewinnen und Heiko Maas musste seinen Traum abschminken, im Saarland Ministerpräsident zu werden. Inzwischen ist Maas, der einst gegen die Schuldenbremse votierte, zu einem gnadenlosen Befürworter dieses Würgeprogrammes konvertiert, das vor allem den Kommunen und den kleinen Leuten immer stärker die Luft abdreht. So erweist sich der Stellvertreter von AKK als brauchbarer Wasserträger für die Ministerpräsidenten.

Maas muss sich allerdings hin und wieder sagen lassen, dass er und seine Genossen einer „vernünftigen Führung und Anleitung durch die CDU“ (SZ 7.2.12) bedürfen.

Da ist es kein Wunder, dass die sozialdemokratischen Koalitionäre sich in wesentlichen Fragen den Wünschen der Union brav unterordnen. Zuletzt war dies deutlich sichtbar bei den Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften über den Umbau des öffentlichen Dienstes.

Während MP Kramp-Karrenbauer von „Stolz“ und „Genugtuung“ sprach, dass unter Einbeziehung der Gewerkschaften ein großer Schritt gemacht worden sei „zur Sicherung der Zukunft“ des Saarlandes als selbständiges Bundesland, bezeichnete Wirtschaftsminister Maas dies als „saarländischen Weg“. Doch was da so nachhaltig gepriesen wurde, war nichts anderes als ein mit



Bei der traditionellen Waldbegehung des Stadtrates am 20. Juni sprach Revierförster Urban Backes über aktuelle Probleme der Waldpflege, hier im Bereich ehemaliger Sportplatz Herchenbach.

etlichen Bonbons garniertes Programm zur Vernichtung von Arbeitsplätzen im Saarland. Ob die Eigenständigkeit dabei Bestand hat, steht in den Sternen.

Zum Glück ist die Gewerkschaft ver.di rechtzeitig aus den Verhandlungen ausgestiegen, weil sich gezeigt hat, dass vor allem die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes betroffen werden.

Rund 2.400 Stellen weniger sind kein Pappentier, zumal die Ministerialbürokratie davon am wenigsten spüren dürfte. Nur zu gut weiß ver.di, dass in Bauhöfen und auf Friedhöfen, in Krankenhäusern und Altenheimen, bei der Polizei und anderen Einrichtungen der Personalmangel unübersehbar geworden ist. Auch das Gequassel vom demografischen Faktor kann davon nicht ablenken, dass die Erhaltung von Arbeitsplätzen die wichtigste Existenzfrage für viele Menschen ist.

Eine politische Kursänderung ist nach wie vor angesagt. Dabei muss die Verbesserung der Einnahmen im Vordergrund stehen. Ver.di und auch wir haben darüber schon vielfach berichtet. Es sei noch einmal daran erinnert.



Saar-Kommunen müssen bluten

Obiges Foto wurde auf der Landesseite der SZ (Ausgabe vom 18.6.13) veröffentlicht und zeigt Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer (CDU) mit Wirtschaftsminister Maas (SPD) vor den Haushaltsberatungen. Die darunter befindliche Schlagzeile haben wir der Einfachheit halber in das Bild kopiert, weil dadurch deutlich wird, was die Städte und Gemeinden von der Großen Koalition in Saarbrücken zu erwarten haben.

Gemeinden werden erpresst

Regierung preist kommunale Zusammenarbeit als Wundermittel an, verspricht finanzielle Anreize und stellt bereits eine Gebietsreform in Aussicht (Seite 2).

DKP warnt vor neuem Betrug!

Zusammenarbeit der Gemeinden kann sinnvoll sein:

DKP warnt aber vor einer Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung

Im Juni ging es im Hauptausschuss um die „interkommunale Zusammenarbeit“ mit der Mittelstadt Völklingen, jetzt war der Stadtrat damit befasst. Wir haben dabei ernste Bedenken angemeldet. Es standen zwar keine konkreten Punkte zur Diskussion, jedoch vor dem „Hintergrund der schwierigen Finanzlage“ soll es das Ziel sein, „Ressourcen einzusparen“, quasi Vorteile für beide Seiten auszuloten. Das kann alles und nichts sein.

Eine Lenkungsgruppe soll gebildet werden. Sie würde aus Vertretern der beiden Städte (jeweils Verwaltung, Personalrat und Stadtrat) gebildet, könnte dann über beliebige Pläne diskutieren, Vorlagen produzieren und den Räten zur Beschlussfassung vorlegen.

Im Ausschuss gab es den Hinweis, dass letzten Endes dann doch der Stadtrat zu entscheiden habe. Das stimmt, aber wenn man überlegt, welchen Unsinn der Stadtrat schon mit seiner Mehrheit beschlossen hat (z.B: Verkauf der Stadwerke, was sich im Nachhinein als großer Fehler darstellt), dann gilt es wachsam zu sein und bereits den Anfängen zu wehren!

In der Diskussion wurde auch geäußert, dass es den Bürgern unserer Stadt wohl egal sei, ob man dem städtischen Rasen mit einem Rasenmäher aus Völklingen oder Püttlingen zu Leibe rücken will. Das mag sein und dazu bedarf es keines Grundsatzbeschlusses, wie er im Stadtrat zu entscheiden ist. Es geht also hier offensichtlich um mehr:

Angesichts der schwierigen Finanzlage, die zu immer brutaleren Rotstiftaktionen führt, wächst der Druck des Landes auf die Kommunen zu weiteren Abstrichen in den Gemeindehaus-

halten. Dabei hat der Städtetag bereits signalisiert, dass die Einsparpotentiale der Kommunen „weitgehend ausgeschöpft“ sind.

Ein Zauberwort geht um

Schon vor Monaten schrieb die Saarbrücker Zeitung (26.10.11): „Zusammenarbeit heißt das Zauberwort“. Klaus Lorig, Präsident des SSGT, meinte, dass „die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Gemeinden intensiviert“ werden müsse. Auch Innenministerin Bachmann ist inzwischen auf diesen Zug aufgesprungen und will die Kooperation zwischen den Kommunen forcieren. Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer will sogar finanzielle Anreize dafür schaffen. „Brave“ Gemeinden sollen extra Zuschüsse bekommen. (Bruder Martin: Haben verstanden!)

Und über all diesen Überlegungen hängt das Damoklesschwert einer neuen Gebietsreform. Die soll, wenn man AKK glaubt, nicht vordringlich betrieben werden, wird aber für durchaus denkbar gehalten.

So ist es sicher kein Zufall, dass in einigen Kommunen über die Abschaffung von Ortsräten beraten wird. Die Auf-

Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage

Der Anstieg der Staatsverschuldung ist nicht das Ergebnis laxer Haushaltspolitik. Die Erzählung von der Staatsschuldenkrise entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ökonomisches Märchen. Hierzulande sind die realen Staatsausgaben vor der Krise sogar gesunken. Der Schuldenanstieg resultierte allein aus politischer Reichtumpflege und den Folgen der Finanzmarktkrise. Das Gemeinwohl schrumpfte zugunsten steigender Vermögen. Und jetzt sollen die Schuldenberge dadurch abgetragen werden, dass abhängig Beschäftigte, Rentner und Arbeitslose den Gürtel enger schnallen. Damit muss endlich Schluss sein. Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage. Der private Reichtum muss jetzt zum Abbau der Staatsschulden herangezogen werden.

(Von Dr. Dierk Hirschel, aus „Gegenblende“ Nr. 17 vom September 2012)

Zum Thema Zusammenarbeit

Um es ein für allemal klarzustellen: Die DKP ist für Zusammenarbeit der Kommunen überall dort, wo sich Möglichkeiten dazu anbieten und es im Interesse der Bevölkerung sinnvoll ist. Ein Beispiel dafür ist die Einrichtung des gemeinsamen Wertstoffzentrums in Walpershofen durch die Gemeinden Riegelsberg, Heusweiler und die Stadt Püttlingen.

Allerdings ist Zusammenarbeit an sich noch lange kein Positivum, es kommt immer auf den Inhalt an. Was bringt es den Bürgern? - das ist die entscheidende Frage! Wenn dabei z.B. Bürgereinrichtungen (Schwimmbäder, Kulturstätten, was auch immer) hops gehen, ist aktiver Widerstand angesagt. Soweit das Grundsätzliche.

Die Lösung des Regionalverbandes steht zur Diskussion. Liberale Scheindemokraten fordern eine Gebietsreform. Aber niemand von denen, die solche Ansichten vertreten, macht auch nur den Versuch, die Einnahmeseite in den Mittelpunkt zu rücken und dafür den politischen Kampf zu führen.

Wer in dieser Situation von Gebietsreform redet und scheinbarweise auf kommunale Selbstverwaltungsrechte verzichtet, will die derzeit erprobte Struktur im kommunalen Bereich zerschlagen, den Weg für eine Großstadt Saarbrücken ebnen (voriges Jahr bereits ins Gespräch gebracht!) und würde Püttlingen zu einem fünften Rad im kommunalen Gefüge degradieren.

Das möchten wir verhindern, deswegen sind wir gegen die vorgesehene Vereinbarung, die dem Missbrauch Tür und Tor öffnet. Sollte es aber um konkrete Einzelfragen der Zusammenarbeit gehen (mit Völklingen, Riegelsberg, Heusweiler oder wem auch immer) werden wir das gewissenhaft prüfen und danach entscheiden.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck



Eine Ewigkeit hat es gedauert; lange musste geplant, umgeplant und verschoben werden, immer wieder stellten sich neue Probleme. Jetzt endlich kann der Neubau der Umkleidekabinen am Sportplatz Jungenwald beginnen, am 13. Juni wurde dafür der symbolische Spatenstich vollzogen.

Parkscheiben statt Parkgebühren in Püttlingen:

Off dauert es lange bis der Groschen fällt

Künftig sollen Parkscheinautomaten, deren Bewirtschaftung allein schon wegen des Alters der Geräte immer aufwendiger wird, in Wegfall kommen. Im Gegenzug werden Autofahrer, die im Bereich bisher kostenpflichtiger Parkplätze ihr Fahrzeug abstellen, zur Benutzung von Parkscheiben verpflichtet.

Damit wird ein Vorschlag des Zentrum-Managers umgesetzt, der sich auf eine Anregung der „Lenkungsgruppe Aktives Zentrum“ stützt. Man verspricht sich davon eine Aufwertung des städtischen Zentrums und hofft, dass künftig wieder mehr Käufer die Geschäfte in der Innenstadt frequentieren.

Inwieweit solche Hoffnungen erfüllt werden, soll an dieser Stelle außer Betracht bleiben, zumal das besorgniserregende Ausmass von Leerständen wohl nur am Rande mit Parkplatzfragen

Hohe Zinsen belasten die Stadt

Nahezu eine Million Euro muss Püttlingen in diesem Jahr aufbringen, um die Zinsen für aufgenommene Kredite zu bedienen. Grund dafür ist die seit Jahren anhaltende Unterfinanzierung des städtischen Haushaltes infolge verfehlter Landespolitik im Saarland.

zu tun hat. Auch für entsprechende Beschilderung und Kontrolle der Parkscheiben müssen noch Regelungen gefunden werden.

Was die DKP angeht, wird der Wegfall von Parkgebühren voll unterstützt. Wir waren schon immer der Meinung, dass der Autofahrer ohnehin genug gebeutel wird und die Stadt ihre Parkprobleme ohne das lästige Abkassieren lösen muss. Doch die Mehrheit bestand seinerzeit auf dem Einsatz von Parkscheinautomaten.

Später dann (2004) wurde die Brötchentaste eingeführt. So konnte man in der Pickard- oder Rathausstraße kostenlos kurzparken, aber gleich nebenan (z.B. Parkplatz hinterm Rathaus, Senftenberger Platz, Am Wimbach) musste man blechen. Das war ungerecht und wurde von der DKP (siehe „pro + kontra“, Febr. 2004) scharf kritisiert. Ein Antrag auf Ausweitung der neuen Regelung wurde von der Union abgewimmelt. Erst später ist dann eine bessere Lösung gefunden worden.

So ist das eben in Püttlingen: Meist glaubt die Mehrheit in messianischer Verblendung, sie allein habe Recht und es dauert mitunter sehr, sehr lange, bis mal der Groschen fällt und eine andere Idee zum Tragen kommt.



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Das Altenheim St. Augustin in der Espenstraße soll verkauft und der Betrieb von der Caritas Trägergesellschaft Saarbrücken (cts) fortgeführt werden. Ein entsprechender Zustimmungsbeschluss liegt dem Stadtrat zur Entscheidung vor, wird aber von der DKP nicht mitgetragen. Vor allem stört uns, dass die so genannte „Auflassungsvormerkung“ im Grundbuch gelöscht werden soll, was bedeutet, dass cts irgendwann das Gelände für viel Geld verkaufen könnte, obwohl die Stadt dem Orden das Grundstück seinerzeit kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Ob es später zu einer Veräußerung kommt, ist derzeit nicht relevant, entscheidend ist, dass die Möglichkeit dazu bestünde, und dem möchten wir vorbeugen. Es sei denn, die cts wäre bereit, eine finanzielle Entschädigung zu zahlen.

*

Der Modellversuch mit den „Rundumblitzern“ geht weiter und die Zahl der Knöllchen lässt schlußfolgern, dass eine erhebliche Zahl von Autofahrern offenbar zu schnell unterwegs ist. So wurde festgestellt, dass die neu installierten Blitzer in der Sprenger- und der Köllner Straße innerhalb von vier Wochen zusammen 4.400 Verkehrsübertretungen registriert haben. Die meisten Vorfälle wurden in der ersten Woche registriert, danach war die Entwicklung rückläufig. Erst wenn alle 6 Anlagen in Betrieb sind, soll die eigentliche Probezeit (halbes Jahr) beginnen u. danach eine Entscheidung im Stadtrat getroffen werden.

*

Das Café Kühnen musste vor einigen Wochen Insolvenz anmelden und viele Püttlinger waren besorgt, wie es wohl weitergeht. Offensichtlich scheint nun der Fortbestand gesichert, nachdem ein Übernehmer seine Bereitschaft erklärt hat. Da kann man nur froh sein.

Empörung auch in Püttlingen über Skandal bei der Bundeswehr:

Menschen werden schamlos belogen und um Millionen Euro betrogen

Bundesminister Thomas de Maizière hat im Bundestag gelogen und auch die Bürger unserer Republik schamhaft hintergangen, weil er den Skandal um die Kampfdrohne „Euro Hawk“ lange Zeit vertuscht und die Folgen heruntergespielt hat. Angeblich will er nichts gewusst haben, eigene Schuld stellt er in Abrede. Fakt bleibt aber, dass hunderte Millionen Euro sinnlos verschleudert wurden. Dieses Geld fehlt, beispielsweise auch in Püttlingen, um den städtischen Haushaltsetat langfristig zu sanieren und drängende Aufgaben im Interesse der Bürger zu realisieren.



Die Bundeswehr verfügt schon seit längerem über Drohnen und setzte sie im NATO-Krieg gegen Jugoslawien und auch in Afghanistan ein. Allein 124 Drohnen sind bereits abgestürzt, wie in der SZ (24.6.13) nachzulesen war. Doch diesmal geht es um die Beschaffung **bewaffneter Großdrohnen**, um das Waffenarsenal der Bundeswehr mit dem modernsten Gerät dieser Gattung zu vervollständigen. Allerdings hat Kriegsminister de Maizière dabei ein riesiges Problem:

Schon vor Jahren wurde der Deal eingefädelt, doch erst unlängst wurde festgestellt, dass diese Kampfdrohne bei uns gar nicht zu Einsatz kommen kann. Damit sind bisher bereits hunderte Millionen Euro in den Sand gesetzt worden, von „mehr als 500 Millionen Euro“ ist die Rede (SZ 24.6.13), also über eine halbe Milliarde.

Von den Herrschenden wird allerdings so getan, als sei diese Fehlinvestition „nur ein Betriebsunfall“, wie er bei Beschaffungsmaßnahmen der Bundeswehr schon öfter vorgekommen ist, niemand soll ernsthaft zur Verantwortung gezogen werden.

Erinnert sei an die Skandale um den Schützenpanzer HS 30, den Starfighter oder den Eurofighter, alles sündhaft teure Projekte, deren militärischer Gebrauchswert gering war, aber den beteiligten Rüstungsunternehmen stets ihren Profit gesichert hat.

Besagte Kampfdrohnen werden gebraucht, um Informationen über feindliche Stellungen, Frontverläufe, topografische Gegebenheiten oder Gefechtssituationen zu erkunden. Sie

fliegen in sehr großer Höhe, sind vom Boden aus nicht zu erkennen und liefern fotografisch exakte Abbildungen von den beobachteten Objekten. Sie dienen als Grundlage, um identifizierte Ziele ins Visier nehmen und zerstören zu können, ohne die eigenen Soldaten zu gefährden.

Meister dieser Art des anonymen Tötens per Knopfdruck sind die Vereinigten Staaten unter Führung von „Friedensnobelpreisträger“ Barack Obama: Das Londoner Bureau of Investigative Journalism hat bisher mehr als 3.200 Getötete allein durch US-Drohnen in Pakistan aufgelistet. In Jemen starben über 1.000 Menschen, in Somalia sind es bisher 170 Betroffene.

Statt weiter nach dem Besitz von Killerdrohnen zu streben, sollten die politisch Verantwortlichen in Europa endlich



Ein ansprechendes Programm boten Mädchen und Jungen der Grundschule Viktoria auf der Ritterstraße, als am Vormittag des 22. Juni auf der Außenbühne die Beiträge in deutscher und französischer Sprache gebracht wurden. Schon seit 10 Jahren erfolgt die bilinguale Ausbildung der Kinder bereits ab der ersten Klasse - durchaus erfolgreich, wie das Schulfest zeigt hat.

Bundestagswahlen:

Leere Versprechungen haben Hochkonjunktur

Jetzt hat auch die CDU/CSU ihr Wahlprogramm vorgelegt, mit Versprechungen in Milliardenhöhe. FDP-Koalitionspartner Rösler reagierte darauf mit der Bemerkung, „viele Forderungen der Union sind nicht bezahlbar“. Ein Spitzenmann der CDU sagte im Fernsehen: Forderungen in einem Wahlprogramm sind das eine, man muss später aber nicht alles umsetzen. (Das ist bekannt! d.Verf.) Der SPD-Fraktions-Chef Steinmeier warf Merkel „Wahlbetrug mit Ansage“ vor.

eine Kursänderung einleiten. Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, „den Irrweg der Anschaffung und Produktion bewaffneter Drohnen sowie die diesbezügliche Forschung und Entwicklung aufzugeben und sich für ein weltweites Verbot und völkerrechtliche Ächtung dieser Waffen einzusetzen“. So fordern es Vertreter der deutschen Friedensbewegung, die bereits dazu übergegangen sind, Unterschriften unter einen entsprechenden Appell zu sammeln. Das sollte unterstützt werden.